



Im sozialpädagogischen Jugendhaus in Pullach werden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge von der Diakonie Rosenheim betreut.

Diakonie Deutschland / Judith Glaubitz



Perspektive muslimischer Wohlfahrtspflege *Von Michael Kiefer*

1 im Sinne von „Glaubensrichtung“. Eine Denomination meint eine Untergruppe einer Religion, die sich durch gemeinsame Glaubensaussagen und einen eigenen Namen identifiziert.

Als 1961 in Bonn das Anwerbeabkommen mit der Türkei abgeschlossen wurde, konnte niemand voraussehen, dass der danach einsetzende Zuzug muslimischer Arbeitnehmer und der spätere Familiennachzug Deutschland nachhaltig verändern würde. Im Laufe der nachfolgenden fünf Dekaden wandelte sich das weitgehend christlich geprägte Land zunehmend in

eine pluralisierte Zuwanderungsgesellschaft, in der verschiedene muslimische Denominationen¹ im Alltag seit vielen Jahren deutlich erkennbar sind. Folgt man offiziellen Schätzungen, die die Flüchtlingszahlen aus dem Jahr 2016 mitberücksichtigen, leben mittlerweile circa 4,7 Millionen Menschen aus muslimischen Sozialisationskontexten in Deutschland.²

In vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens versucht die Politik in Bund und Ländern seit einigen Jahren diesem Sachverhalt gerecht zu werden. So haben mehrere Bundesländer einen islamischen Religionsunterricht eingeführt. Bewegung gab es auch in den verschiedenen Seelsorgebereichen. Zumindest in den großen Städten des Landes ist eine muslimische Not-



fall- oder Krankenhausesorge keine Seltenheit mehr.

Anders sieht es in den großen Handlungsfeldern der öffentlichen Wohlfahrtspflege aus. Wer in den urbanen Siedlungsräumen Ausschau hält nach muslimischen Kindergärten, Seniorenzentren oder Beratungsstellen, wird in der Regel nicht fündig. Nur vereinzelt gibt es Angebote muslimischer ambulanter Pflege. Von Muslimen geführte Trägerinstitutionen haben einen Seltenheitswert und so verwundert es nicht, dass es im Reigen der großen Spitzenverbände, die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) vereint sind, seit Jahrzehnten keine signifikanten Veränderungen gegeben hat.

Muslimisches Gemeindeleben in Vereinen

Die Gründe für das Fehlen muslimischer Verbandsstrukturen in der Wohlfahrtspflege sind vielfältig. Zunächst kann darauf hingewiesen werden, dass in Deutschland bis in die 90iger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein die Verbleiborientierung der zugewanderten Muslime weitgehend ignoriert wurde. Für den Aufbau von Trägerstrukturen sah die Politik keinen Bedarf. Allenfalls interkulturelle Öffnungsprozesse bei den bereits vorhandenen Organisationen wurden für notwendig erachtet. Insbesondere die Arbeiterwohlfahrt entwickelte für die zumeist aus der Türkei stammenden muslimischen Zuwanderer Angebote.

Weitere Ursachen können im Kontext der muslimischen Ge-

meinschaften verortet werden. Anders als bei den christlichen Religionsgemeinschaften kennen Muslime keine institutionellen Strukturen. Dies hat vor allem theologische Gründe. Im Islam ist das Verhältnis des Gläubigen zu Gott unmittelbar bestimmt. Eine kirchenähnliche Struktur mit Priesterschaft ist daher nicht erforderlich. Das muslimische Gemeindeleben verläuft in Deutschland überwiegend im Rahmen von Vereinen, die mit viel ehrenamtlichem Engagement Moscheen betreiben. Die Zahl der organisierten Mitglieder ist gemessen an der Gesamtzahl der Muslime gering. Daher leiden die Gemeinden aufgrund geringer Mitgliedsbeiträge an einer chronischen Finanznot. Eine Folge hiervon ist, dass in der Gemeindegemeinschaft vielerorts keine gut ausgebildeten Fachkräfte beschäftigt werden können. Eine Ausnahme davon dürfte die Organisation Ditib darstellen, die aufgrund ihrer engen Verflechtungen zur türkischen Regierung in der Kritik steht. Hinzu kommt die hohe Heterogenität unter den Muslimen. Im öffentlichen Raum sprechen die muslimischen Gemeinden mit vielen Stimmen. Eine klare und repräsentative Vertretungsstruktur gibt es nicht.

Deutsche Islamkonferenz

Ungeachtet dieser Schwierigkeiten sind seit circa fünf Jahren Aktivitäten erkennbar, die auf den sukzessiven Aufbau einer muslimischen Wohlfahrtspflege zielen. Ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit erhielt vor-

allem die Deutsche Islamkonferenz (DIK), die in der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages das Thema Wohlfahrt und gesellschaftliche Teilhabe auf die Agenda setzte. Ein Ergebnis des Beratungsprozesses war 2015 die Initiierung eines Modellprojekts, in dem der Paritätische Wohlfahrtsverband in Kooperation mit muslimischen Verbänden mit Finanzmitteln des Bundesfamilienministeriums³ Strukturen einer islamischen Wohlfahrtspflege in zwei Städten (Köln und Wuppertal) aufbauen soll. Ziel des Projektes ist insbesondere die Professionalisierung der Jugendarbeit in den Gemeinden.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein konnte durch die Bildungspolitik gesetzt werden. Im Kontext der Förderung der Zentren für Islamische Theologie erhält die Universität Osnabrück 2,8 Millionen Euro für den neuen Studiengang „Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft“. Ab dem Wintersemester 2019/20 können Studierende im Rahmen eines Studiengangs die Fächer „Soziale Arbeit“ und „Islamische Theologie“ kombinieren. Damit werden erstmalig in Europa Fachkräfte für eine muslimische Soziale Arbeit ausgebildet.

Die beiden aufgeführten Beispiele zeigen, dass in den klassischen Feldern der Wohlfahrtspflege bald auch Muslime mit Trägerstrukturen präsent sein werden. Der Aufbau von Trägern und Angebotsstrukturen stellt jedoch die muslimischen Akteure vor komplexe Herausforderungen, deren Bewältigung nach Lage der Dinge viel Zeit in Anspruch nehmen wird.

² www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp71-zahl-muslimische-deutschland.pdf?__blob=publicationFile (28.02.2017)

³ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)



Dr. Michael Kiefer ist Leiter der Postdoc-Gruppe Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft am Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück.